

Resolution zur Akkreditierungspflicht von Studiengängen in Mecklenburg-Vorpommern

Antragsteller*innen: Liz (Rostock), Björn (RWTH), Jörg (FUB), Jonas (Münster)

Adressaten: Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern, Hochschulleitungen der MV-Hochschulen

Antrag

Die ZaPF möge beschließen:

Die ZaPF betrachtet mit Sorge die Bestrebungen der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern die Akkreditierungspflicht für Studiengänge im Zuge der Novellierung des Hochschulgesetzes abzuschaffen.

Die Akkreditierung hat sich als Mittel der Qualitätssicherung bewährt. Sie ist ein bundesweiter Standard und europaweit anerkannt. Weiterhin sichert sie die Teilhabe verschiedener Parteien, insbesondere der Studierenden, an Qualitätssicherungsverfahren und hilft, einen einheitlichen Mindeststandard für den Aufbau von Studiengängen deutschlandweit zu etablieren.

Aufgrund ihrer weiten Verbreitung verlassen sich viele Arbeitgebende auf die Existenz akkreditierter Studiengänge. Durch den Wegfall dieses Merkmals in Mecklenburg-Vorpommern können Nachteile bei der Arbeitsplatzsuche für Abgänger*innen dieser Studiengänge und mecklenburg-vorpommerische Hochschulen werden zunehmend unattraktiver für Studieninteressierte und Studierende. Damit wird mutwillig in Kauf genommen, dass Studierendenzahlen sinken, Studierendenmobilität eingeschränkt wird und die Hochschulen an Reputation verlieren.

Aus diesen Gründen fordern wir die Beibehaltung der Akkreditierungspflicht.